

Deutsche Opferrolle und sozialistische Staatsbildung. Neue Perspektiven auf »Flucht und Vertreibung« und die Deutsche Demokratische Republik, 1945–1950

»Mochte doch keiner was davon hören, hier im Westen nicht und im Osten schon gar nicht.«¹ Die Schlussfolgerungen von Paul Pokriefke, dem Erzähler von Günter Grass' Novelle *Im Krebsgang* aus dem Jahr 2002, spiegeln die unter den Opfern von Flucht und Vertreibung weit verbreitete Annahme wider, dass über der Zwangsmigration von zehn bis zwölf Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ein »Tabu« lag.² Tatsächlich haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer wieder gezeigt, dass »Flucht und Vertreibung« ein fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses und des kulturellen Gedächtnisses der Bundesrepublik Deutschland und ein Kernelement ihrer politischen Identität waren.³ Weit davon entfernt, ein »Tabu« zu sein, privilegierte ein »selektives Erinnern« an das Dritte Reich jahrzehntelang das deutsche Leid gegenüber dem Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus.⁴

Während sich Grass' Protagonist in seiner Einschätzung Westdeutschlands irrte, handelt es sich bei seinen Ausführungen zur Deutschen Demokratischen Republik bis heute um eine in der Öffentlichkeit wie in der Geschichtswissenschaft weit verbreitete Binsenweisheit.⁵ Anscheinend machten kommunistische Erinnerungspolitik und marxistisch-leninistische Verzerrung den deutschen Osten und das Schicksal seiner ehemaligen Bewohner von Anfang an zu einem absoluten Anathema. Die Zensur der kommunistischen Diktatur legte angeblich den Mantel des Schweigens über die Erfahrungen und die Kultur derer, die den deutschen Osten einst ihre Heimat nannten.

1 Günter Grass: *Im Krebsgang*, 4. Aufl. München 2008, S. 31.

2 Siehe Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*, München 2007.

3 Siehe Hans Henning Hahn/Eva Hahn: *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*, Paderborn 2010. Zur politischen Prominenz der Vertriebenen siehe Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände: 1949–1972, Düsseldorf 2004; Tobias Weger: »Volkstumskampf« ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955, Frankfurt a. M. 2008. Zur westdeutschen kulturellen Erinnerung an »Flucht und Vertreibung« im Besonderen siehe auch Peter N. Gengler: *Constructing and Leveraging »Flight and Expulsion«. Expellee Memory Politics in the Federal Republic of Germany, 1944–1970*, Ph. D. Dissertation University of North Carolina, Chapel Hill 2019.

4 Robert G. Moeller: *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley 2003.

5 Siehe Andreas Kossert: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

Die Analyse des »Tabu«-Mythos in der DDR hinkt der Forschung zur Bundesrepublik hinterher, weil die Bedingungen des öffentlichen Diskurses im Osten größtenteils strenger waren. Dennoch begegneten etwa die Leserinnen und Leser von Christa Wolf oder Johannes Bobrowski dem deutschen Osten und dem Thema des deutschen Leidens.⁶ Die Forschung hat zudem gezeigt, dass die Zwangsmigrationen auch in der ostdeutschen Diktatur ein Thema blieben.⁷ In der Tat weisen die neuesten Studien darauf hin, dass das Thema »Flucht und Vertreibung« in den ostdeutschen Medien weit verbreitet war, auch wenn es nie so in den Vordergrund rückte wie in der BRD.⁸

Die jüngste Forschung hat zwar die These vom »Tabu« infrage gestellt, aber auch deutlich gemacht, dass in der kulturellen Erinnerung an »Flucht und Vertreibung« insbesondere der DDR erhebliche Lücken bestehen, wie dieser Beitrag mit den folgenden Argumenten zeigen will:

- In der frühen Nachkriegszeit wurden im sozialistischen Diskurs häufig das Kriegsleid und die verlorene Heimat thematisiert. Die Vertriebenen zählten zu den größten Opfern des Krieges, sie verdienten Mitgefühl und Unterstützung.
- Um 1948 wurden die heimatlosen Flüchtlinge zu einem Argument für umfassende, für den Aufbau des Sozialismus notwendige Reformen. Die Deutschen aus den verlorenen Gebieten nahmen also weiterhin eine herausragende Stellung ein, weil das ostdeutsche Regime ihre angeblich erfolgreiche Integration zur Abgrenzung von der Bundesrepublik nutzte und als Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus propagierte.
- Als sich die Spaltungen des Kalten Krieges vertieften, entwickelte sich das Narrativ weiter. Es unterschied die ostdeutschen von den westdeutschen Umsiedlern und stellte ein angeblich friedliches sozialistisches Deutschland, das die Bürde des Nationalsozialismus überwunden hatte, einem revanchistischen und nationalistischen Deutschland gegenüber, das es versäumt hatte, mit seiner Vergangenheit zu brechen.
- »Flucht und Vertreibung« blieb in der DDR ein wichtiges, wenn auch sich wandelndes Thema, weil es eines der größten toxischen Vermächtnisse der NS-Diktatur war, das den Wiederaufbau nach dem Krieg behinderte. Außerdem waren die »Neubürger« eng mit dem Projekt des Staatsaufbaus der SED verbunden und daher ein wichtiger Test für die Legitimität des Regimes und des Sozialismus im Allgemeinen.

Um diese Punkte zu bewerten, sind zunächst die spezifischen politischen und sozialen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik zu berücksichtigen. Immerhin handelte es sich um eine Diktatur, die neben anderen Aspekten des Alltags die Presse

6 Siehe Johannes Bobrowski: *Levins Mühle*, Berlin 1964; Christa Wolf: *Kindheitsmuster*, Berlin 1976.

7 Siehe Heike Amos: *Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990*, München 2009; dies.: *Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949–1989*, München 2011.

8 Siehe Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven: *Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken*, Paderborn 2015.

und die Medien streng kontrollierte und die Äußerungen aus der Bevölkerung überwachte. Unorthodoxe Ansichten oder Auffassungen, die gegen offizielle staatliche Positionen und marxistisch-leninistische Grundsätze verstießen und sich generell gegen das Regime richteten, konnten mit strengen Verboten belegt werden. In der DDR setzten der Staat und seine Sicherheitsdienste Zensur, Einschüchterung, Überwachung, Inhaftierung und Berufsverbote ein, um die Opposition zu unterdrücken und die Öffentlichkeit zu kontrollieren. Angesichts der vielfältigen Formen der Kontrolle und Überwachung waren der öffentliche Diskurs und insbesondere die Medien in der DDR, wie in den meisten Diktaturen, nicht wirklich öffentlich. Der öffentliche Diskurs fand innerhalb der Grenzen des Erlaubten statt, er war den Privilegierten und denjenigen zugänglich, die sich an die Regeln hielten.

Außerdem ließen die Positionen des Staates und die politisch orthodoxen Ansichten, die die offiziellen politischen Maßnahmen unterstützten, wenig Raum für die Vertriebenen selbst. Umsiedler tauchten, wenn überhaupt, nur sporadisch auf den Zeitungsseiten und Fernsehbildschirmen der DDR auf; ihre Beteiligung war zudem stark vermittelt und diente umfassenderen politischen Kalkülen. Es ist schwierig, die Positionen und Gefühle »normaler« Vertriebenen empirisch zu erfassen, ohne sich auf Spekulationen einzulassen und den Rahmen dieses Artikels zu sprengen.⁹ Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass Forschungs- und Archivquellen, wie Beobachtungen von SED-Informanten und Sicherheitsfunktionären, die heimlich an Versammlungen von Neubürgern teilnahmen – d. h. in privaten oder halböffentlichen Räumen –, auf Ansichten schließen lassen, die nicht in den antifaschistischen Diskurs der DDR integriert waren.¹⁰ Selbst diese vom Regime selbst hervorgebrachten, durch die ideologische Brille kommunistischer Beobachter gefilterten Einschätzungen schwanken in ihren Schlussfolgerungen stark. Sie dokumentieren revanchistische Versammlungen ebenso wie harmlose »Kaffeekränzchen« und nostalgische Erinnerungen an die alte Heimat.¹¹ Das, was die Umsiedler sagten und vermutlich dachten, fand also keinen Niederschlag in den Stellungnahmen und Narrativen der SED, die in den streng kontrollierten Staatsorganen verankert waren.

Das Hauptaugenmerk dieses Artikels liegt auf dem öffentlichen Diskurs in der DDR, insbesondere darauf, wie die ostdeutschen Medien und das SED-Regime die Zwangs-

9 Zu eventuellen politischen Profilen der ostdeutschen Neubürger, dazu, was sie »wirklich« dachten, und was der öffentliche Diskurs ausblendete, siehe Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5); Christian Lotz: *Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972)*, Köln 2007; Amos: *Vertriebenenverbände im Fadenkreuz* (Anm. 7).

10 Siehe die Berichte der Informanten im Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB) C Rep 901, Nr. 419. Die Teilnehmer sprachen ihrerseits von unpolitischen und fröhlichen Treffen von Landsleuten, die versuchten, einen Nachmittag lang die Heimat wiederauferstehen zu lassen. Siehe zum Beispiel: Heimatbrief an die Heimatfreunde von Reppen und der umliegenden Dörfer vom 9. September 1947, LAB C Rep 901, Nr. 419. Aus anderen Rundbriefen in derselben Quelle geht hervor, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Treffen nutzten, um Verbundenheit zu spüren und sich an die alte Heimat zu erinnern, Kontakte aufzufrischen, persönliche Neuigkeiten oder Ratsschläge und gelegentlich auch Erfahrungen aus dem Krieg und der Vertreibung auszutauschen.

11 Bericht von Vehlows, Abteilung K, 10. August 1949, LAB C Rep 901, Nr. 419, S. 1.

migrationen und ihre Folgen interpretierten. Trotz der staatlichen Kontrolle und Vermittlung: Das Thema »Flucht und Vertreibung« wurde in den ostdeutschen Medien und öffentlichen Äußerungen vor allem zwischen 1945 und den frühen 1950er-Jahren mit einer unglaublichen Dynamik diskutiert, die dieser Aufsatz aufzuzeigen versucht. Die Art und Weise, wie in der DDR über Zwangsmigrationen gedacht und wie sie dargestellt wurden, war oft ambivalent, aber zumindest in der frühen Nachkriegszeit war sie keineswegs nur ablehnend. Ein Großteil der Literatur konzentriert sich auf die Zeit des Kalten Krieges, als sich die politischen Identitäten der beiden deutschen Staaten herausgebildet hatten und ideologische Spaltungen jeden Aspekt der politischen Nachkriegskultur durchdrangen. Dabei werden jedoch die überraschenden Widersprüchlichkeiten vernachlässigt, die das kulturelle Gedächtnis auszeichneten, bevor sich die Paradigmen des westdeutschen »selektiven Erinnerns« bzw. der ostdeutschen marxistisch-leninistischen antifaschistischen Geschichtsauffassung durchsetzten und eine »geteilte Erinnerung« schufen.¹²

Die Rückbesinnung auf die frühen sozialistischen Versuche, mit »Flucht und Vertreibung« umzugehen, ist aufgrund der einseitigen Fokussierung auf Westdeutschland notwendig. Zwar gibt es in der Literatur bemerkenswerte Ausnahmen, die sich sogar schon in den 1950er-Jahren mit der Integration von Vertriebenen in der SBZ/DDR befassten.¹³ Diese Studien untersuchten jedoch in erster Linie politische und wirtschaftliche Maßnahmen. Selbst in den Fällen, in denen sich Forschende für einen kulturgeschichtlichen Zugang entschieden, verzerrte die zugrunde liegende Prämisse der ostdeutschen »Tabu«-These von einem Regime, das den Vertriebenen gegenüber feindselig eingestellt war und ihre Erfahrungen kompromisslos unterdrückte, die Schlussfolgerungen und verfestigte Annahmen, anstatt sie auf sinnvolle Weise zu hinterfragen.¹⁴ Neuere wissenschaftliche Arbeiten, die die kollektive Erinnerung an die Zwangsmigrationen aus deutsch-deutscher Perspektive untersuchen, bieten kritische und fruchtbare Einsichten, aber diese Studien gehen von einem stets gleichbleibenden Opferdiskurs aus, der frühere Phasen ignoriert und die Zeit vor 1949 zu kurz kommen lässt.¹⁵

Was geboten ist und in diesem Beitrag versucht wird, ist, den Weg des Themas »Flucht und Vertreibung« in der SBZ/DDR vor der Verhärtung der ideologischen Fronten

12 Jeffrey Herf: *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge 1997.

13 Siehe Peter-Heinz Seraphim: *Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone*, Berlin 1954; Philipp Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956*, Göttingen 1998; Dierk Hoffmann/Michael Schwartz: *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*, München 1999; Philipp Ther: *Expellee Policy in the Soviet-Occupied Zone and the GDR: 1945–1953*, in: David Rock/Stefan Wolff (Hg.): *Coming Home to Germany? The Integration of Ethnic Germans from Central and Eastern Europe in the Federal Republic*, New York 2002, S. 56–76; Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*, München 2004; Amos: *Die Vertriebenenpolitik der SED* (Anm. 7).

14 Siehe Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5).

15 Siehe Lotz: *Die Deutung des Verlusts* (Anm. 9); Hahn/Hahn: *Die Vertreibung im deutschen Erinnern* (Anm. 3).

des Kalten Krieges nachzuzeichnen, um die Fundamente einer vernachlässigten Erinnerung an den Krieg und seine Folgen freizulegen. Eine solche Analyse zeigt, dass die Vertriebenen keineswegs ein vergessenes Kapitel oder eine verdrängte Erinnerung sind, sondern sehr wohl Teil des öffentlichen Diskurses waren. Die ostdeutschen Umsiedler spielten eine zentrale Rolle bei den Bemühungen, die nationalsozialistische Vergangenheit zu überwinden und einen neuen Staat aufzubauen: zunächst als humanitäre Krise und dann als sozialistische Moralgeschichte, die die Notwendigkeit drastischer Reformen und die Überlegenheit des sozialistischen Systems demonstrierte.

I. Gräuël und »grausame Gerüchte«: Die Zeugenschaft von »Flucht und Vertreibung«

Um zu verstehen, wie die DDR mit »Flucht und Vertreibung« umging, muss man zunächst untersuchen, wie die damalige Bevölkerung die Zwangsmigrationen erlebte und bewertete. Unabhängig von ihrer politischen Verortung und ihrer Rolle im Nachkriegsdeutschland waren sich fast alle Deutschen der Folgen des Krieges bewusst. Die noch immer andauernde Massenbewegung von Millionen Flüchtlingen war ein besonders markantes Symbol dieser Situation, mit dem sich Nachkriegskommentatoren auseinandersetzen und das sie interpretieren mussten. Deutsche in allen Besatzungszonen und mit unterschiedlichen Weltanschauungen versuchten, die Dimensionen der katastrophalen Niederlage und den Weg in die Zukunft von einem gemeinsamen Standpunkt aus zu beschreiben, der noch nicht durch die Ideologie des Kalten Krieges geprägt war.

Sofern sie nicht im Moskauer Exil oder im Westen lebten, sahen oder hörten die Menschen zumindest Beschreibungen von Flüchtlingswellen, die vor der Roten Armee flohen. Propagandistische Berichte über bolschewistische Gräueltaten regten die Fantasie vieler Deutscher an. »Diese Gräuël sind in der Tat furchtbar«, notierte Propagandaminister Joseph Goebbels in seinem Tagebuch, als er die Nachricht von den sowjetischen Exzessen im ostpreußischen Nemmersdorf erhielt, und nutzte anschließend die Möglichkeit zu einer »großen Presseaufklärung«, die die deutsche Bevölkerung mit der Warnung vor einem kommunistischen Sieg im Endkampf in Angst und Schrecken versetzen sollte.¹⁶ Am 27. Oktober 1944 berichtete der *Völkische Beobachter* in schaurigen Details über »das Wüten der sowjetischen Bestien« in den östlichen Grenzgebieten des Reiches.¹⁷ Gemessen an den Zeugenaussagen der Vertriebenen nach dem Krieg und den Beschreibungen in der Presse, trafen die reißerischen Schilderungen vom brutalen Vorgehen der Roten Armee wie in Nemmersdorf einen Nerv in der Bevölkerung und erhielten einen festen Platz in der Vorstellungswelt der Menschen.¹⁸

Bis in die letzten Kriegstage hinein hielt das Regime am Thema der herannahenden Bedrohung fest. Am 2. Mai 1945 beschrieb Finanzminister Johann Ludwig Graf Schwe-

16 Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente/Teil 2, Diktate 1941–1945, Bd. 15, Januar–April 1945, München 1993, S. 110.

17 »Das Wüten der Sowjetischen Bestien«, *Völkischer Beobachter* vom 27. Oktober 1944, S. 1.

18 Siehe zum Beispiel die Zeugnisse in Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden: BArch), Ost-Dok 1/19.

rin von Krosigk in einer Rundfunkansprache detailliert den »Strom verzweifelter, hungriger, von Jagdbombern gejagter Menschen«, die vor »unsagbarem Terror, vor Mord und Schändung«, die sich hinter einem »eisernen Vorhang« entfalteten, nach Westen flüchteten.¹⁹ Auch weniger politisch aufgeladene Berichte sprachen von einer drohenden humanitären Katastrophe und warnten vor den herannahenden »Hunderttausenden von Menschen, die das schwerste Schicksal erlitten haben« und nun die Unterstützung der Volksgemeinschaft benötigen würden.²⁰

Es war nicht nur das propagandistische Geschrei verblendeter Nazis, das ins Bewusstsein drang. Die Flüchtlinge brachten Schilderungen und Gerüchte über Vergewaltigungen, Mord und Chaos mit, die die monatelangen Berichte der Nazis darüber, was Deutschland durch die Rote Armee drohte, zu bestätigen schienen. Doch die eingehenden Informationen waren verwirrend und wirkten unglaublich, selbst für einen der Architekten der Propaganda. Goebbels klagte in seinem Tagebuch über die »grauenhaften Gerüchte«, die sich in Berlin ausbreiteten, und schrieb die »etwas überspannten Erzählungen« theatralisch agierenden Flüchtlingen zu, die in die Stadt strömten.²¹ Unabhängig davon, ob sie wahr waren oder nicht, ob sie Angst oder Zweifel schürten, lieferten die Flüchtlinge ihrem Publikum authentische Beschreibungen, die die offizielle NS-Presse ausblendete.

Die Nachkriegsmonate und der Beginn der »wildten Vertreibungen« waren aufgrund des weitverbreiteten Chaos in einem zerstörten Mitteleuropa gleichermaßen von Hörensagen und Unsicherheit geprägt. Ethnische Deutsche waren harten Repressionen durch tschechische und polnische Milizen, Partisanen, Beamte und die einfache Bevölkerung ausgesetzt. Diese reichten von Beschlagnahme von Eigentum bis hin zu öffentlichen Demütigungen und Misshandlungen, wie nach Westen durchsickernde Berichte und heimlich weitergeleitete Schilderungen deutlich machten.²² Ausländische Journalisten bestätigten die Gräueltaten. Korrespondenten in Berlin, die über die bevorstehende Potsdamer Konferenz berichteten, zeigten sich beunruhigt über die plötzliche Ankunft »spektakulär überladener Züge [...], die Tote, Sterbende, Kranke und Mittellose ausspuckten«.²³ Anne O'Hare McCormick von der *New York Times* fällte im Oktober 1946 ein vernichtendes Urteil über die Vertreibungen: »Niemand, der die Schrecken mit eigenen Augen gesehen hat, kann daran zweifeln, dass es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, für das die Geschichte eine schreckliche Vergeltung fordern wird.«²⁴

Es ist wichtig, sich die Verwüstungen und das Chaos vor Augen zu führen, mit denen alle Deutschen konfrontiert waren und die selbst die Sieger schockierten. Der Krieg und

19 Zitiert nach Hahn/Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern (Anm. 3), S. 391.

20 Notiz des Deutschen Nachrichtenbüros vom 1. Februar 1945, zitiert nach Walter Kempowski: *Fuga Furiosa. Ein kollektives Tagebuch* (29. 1.–5. 2. 1945), 2. Aufl. München 2004, S. 402 f.

21 Fröhlich: Die Tagebücher (Anm. 16), S. 292.

22 Siehe BArch, Ost-Dok 2/240, S. 123–129.

23 R. M. Douglas: *Orderly and Humane. The Expulsion of the Germans after the Second World War*, New Haven 2012, S. 89.

24 Anne O'Hare McCormick: »Wiesbaden Plans Portentous Exhibition«, *New York Times* vom 23. Oktober 1946, S. 25.

die katastrophale Niederlage erwiesen sich als wahre »Gleichmacher«, konnte sich doch nur eine Handvoll Familien vor Zerrüttung und Verlust retten. Die Entbehrungen des Lebens an der Front oder in Gefangenschaft, die Angst vor Bombenangriffen und die quälenden Nächte in den Luftschutzkellern waren alltägliche und weit verbreitete Erfahrungen.²⁵ In diesem Szenarium waren die Vertriebenen allgegenwärtig und eine mindestens flüchtige Vertrautheit mit ihren Erfahrungen unausweichlich. In der öffentlichen Erinnerung kreisen die Bilder von zerstörten Stadtlandschaften und unbeugsamen »Trümmerfrauen«, aber auch Kolonnen von Flüchtlingen, die ihre Handkarren ziehen, oder wie Pilze aus dem Boden schießende provisorische Lager beherrschten das Bild in jeder besetzten Zone.

Im allgegenwärtigen Chor des »Wie es war« fielen die zerzausten Vertriebenen auf, die aus weithin unbekannten Teilen des Reichs kamen und mit seltsamen Dialekten sprachen. Sie erzählten bei vielen Gelegenheiten ihre persönlichen Leidensgeschichten. Auf ihrer Reise quer durch Deutschland traf Anne O'Hare McCormick auf Vertriebene, die »gesprächsbereit waren und sich um Besucher drängten, um von ihren Erfahrungen zu berichten«.²⁶ Die Journalistin Ilse K. Bembé hat in ihrem Artikel »Im D-Zug. Sommer 1946, nachts« den lebhaften Austausch über die Leiden des Krieges in den Dialekten des deutschen Ostens geschildert, wie sie ihn inmitten der vor Gesprächen surrenden öffentlichen und halböffentlichen Räume erlebte.²⁷ Der Ethnologe Hermann Bausinger stellte 1952 in seiner Dissertation über das Erzählen im ländlichen Schwaben fest, dass »Neubürgererzählungen« – also Geschichten über Erlebnisse im und nach dem Krieg, die oft die Form und Struktur von Folklore annahmen – ein unverwechselbares Element des Dorfgesprächs darstellten.²⁸ Der Historiker Theodor Schieder, Leiter der offiziellen westdeutschen Kommission zur Dokumentation von »Flucht und Vertreibung« in den 1950er-Jahren, stellte fest, dass sich oftmals dramatisierte und (in Hinblick auf die eigene Rolle) geschönte Schilderungen nach dem Krieg bemerkenswert schnell verbreiteten. Doch dies, so beklagte der renommierte Wissenschaftler, beschleunigte auch die Mythenbildung und erschwerte die Arbeit des Historikers: »Nirgends schießt die Legende so ins Kraut wie gerade hier und das Entsetzliche wird immer noch entsetzlicher, wenn es von einem zum anderen weitergetragen wird.«²⁹

Wer im Sommer 1945 versuchte, sich einen Reim auf die Welt zu machen, sah sich einer Flut von Eindrücken gegenüber, die über politische und ideologische Grenzen einfach hinwegging. Die Journalisten spielten eine wichtige Rolle bei der Beschreibung und Interpretation der Ruinen und Traumata und bei der Formulierung politisch-ideolo-

25 Siehe z. B. Moeller: *War Stories* (Anm. 4).

26 Anne O'Hare McCormick: »Problem of Places for the Refugees«, *New York Times* vom 13. November 1946, S. 24.

27 Ilse K. Bembé: »Im D-Zug. Sommer 1946, nachts«, *Die Gegenwart* Nr. 18/19 vom 24. September 1946, S. 31–33.

28 Hermann Bausinger: *Lebendiges Erzählen. Volkskundliche Gegenwartsuntersuchungen im schwäbischen Dorf*, Dissertation, Universität Tübingen 1952, S. 71–82.

29 Theodor Schieder: *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* (1960), H. 8/1, S. 9.

gischer Lehren. Doch trotz der politischen Differenzen, die unter den Männern und Frauen, die zur Feder griffen, herrschen mochten, arbeiteten sie doch mit einem gemeinsamen Bewusstsein und unter demselben Eindruck. Sie sahen Flüchtlingskolonnen, sie hatten die Berichterstattung und Propaganda der Nazis gehört, sie hörten die Berichte von Menschen, die das Unglück erlebt hatten. Lange vor jeder selektiven und politisierten Lektüre der Vergangenheit setzten sich Journalisten und Beamte in jeder Besatzungszone mit »Flucht und Vertreibung« als gelebter, sich weiter entfaltender Geschichte auseinander. Sie arbeiteten mit gemeinsamen Erinnerungen an Trauma und Verwüstung.

II. Sich mit den Opfern von »Hitlers Krieg« auseinandersetzen: Die Interpretation von »Flucht und Vertreibung«

Noch während ethnische Deutsche vertrieben wurden, machte die allgegenwärtige und vielschichtige Kakophonie der Stimmen – nationalsozialistische Propaganda, Flüchtlingsberichte, Pressestimmen und persönliche Schilderungen – »Flucht und Vertreibung« zu einer unentwirrbaren Mischung aus Erfahrungen, Gerüchten, Ängsten, Sehnsüchten und Ideologien. Deutung und Einordnung der Katastrophe blieben auch deshalb eine Herausforderung, weil das Chaos und die humanitäre Krise in ganz Deutschland anhielten. Unabhängig von der Besatzungszone sahen sich Besatzer und deutsche Beamte mit denselben Problemen und denselben Fragen konfrontiert – die Flüchtlingskrise war eine der größten. Der erste entscheidende Schritt war eine politisch-ideologische Erziehung, die die Krise, die richtigen Lehren, die man aus ihr ziehen sollte, und den Weg in die Zukunft erklären konnte.

Die Medien spielten dabei eine zentrale Rolle. Es überrascht nicht, dass die sowjetischen Behörden und die deutschen kommunistischen Funktionäre die Presseberichterstattung in ihrer Zone stark beeinflussten und Inhalt und Tonlage kontrollierten. Was die Vertreibungen und die Flüchtlingswellen in den zerstörten Gemeinden betrifft, gaben sich die Zeitungen der SBZ große Mühe, die Verantwortung des Hitler-Regimes und die Unterstützung des deutschen Volkes für den Krieg als Ursache zu erklären, um damit den Vorwurf einer willkürlichen Siegerjustiz zu entkräften. Dennoch könnte man erwarten, dass Diskurse über die deutsche Opferrolle unterdrückt und einschlägige Berichte unter den Teppich gekehrt worden wären, zumal die Rolle der Roten Armee in solchen Diskussionen eine wichtige Rolle gespielt hätte. Bei der Sichtung der in der SBZ erschienenen Zeitungen fällt jedoch auf, dass die Zwangsmigrationen in der Berichterstattung eine große Rolle spielten.

Der Journalist und ehemalige Kriegsberichterstatte Wolfgang Parth beispielsweise erkannte in der von der Sowjetunion lizenzierten und vom Magistrat herausgegebenen *Berliner Zeitung* (BZ) im Juli 1945 das entsetzliche Elend an, das die Niederlage für Millionen von Deutschen mit sich brachte, mahnte aber, dass dies die Folge genau derselben und sogar noch schlimmerer Qualen war, die Deutschland seinen Nachbarn in sechs Jahren Vernichtungskrieg und grausamer Besatzung zugefügt hatte.³⁰ Unter der

30 Wolfgang Parth: »Flüchtlinge«, *Berliner Zeitung* vom 29. Juli 1945, S. 3.

Überschrift »Flüchtlinge« argumentierte Parth, dass der schockierende Anblick der Vertriebenen zum Nachdenken anregen und daran erinnern sollte, dass es Flüchtlinge bereits seit 1933 gab. Politische Verfolgung und »Rassenhass«, so Parth, trieben Tausende ins Exil und erreichten ihren grotesken Höhepunkt mit den Plänen der Nazis, zahllose Slawen zu vertreiben, Volksdeutsche umzusiedeln und Millionen slawische Sklavenarbeiter aus ganz Europa zu verschleppen. Darin lag für Parth die Quelle des deutschen Unglücks, und der Grund, warum Deutschland und die Flüchtlinge besonders für die »Raubpolitik der Kriegsverbrecher« bezahlen mussten.

Bis in den Herbst 1945 hinein setzte sich diese Argumentation fort – wobei sie bemerkenswert ähnliche Punkte für die Einordnung der Vertreibung der ethnischen Deutschen in den allgemeineren Kontext der Rassenpolitik des Dritten Reiches verwendete. Im Oktober 1945 brachte die BZ die Zwangsmigrationen erneut in Zusammenhang mit dem von Deutschland begonnenen Krieg und betonte die nationalsozialistische »Neuordnung Europas«, die »überall Ausrottung, Vertreibung oder Verschleppung« bewirke.³¹ Die deutsche Misere, erklärte die BZ, sei nur der »letzte Akt der von Hitler verbrecherisch eingeleiteten Völkerwanderung«. An anderer Stelle erkannte die BZ an, dass deutsche Flüchtlinge ein schreckliches Schicksal erlitten hatten und Hilfe brauchten, dass aber nicht zu übersehen sei, dass dies eine natürliche Folge des nationalsozialistischen Größenwahns sei: »Das ganze deutsche Volk erntet jetzt die Früchte einer zwölfjährigen Wahnsinnpolitik.«³² Dies blieb ein immer wiederkehrendes Thema. So forderte Michael Tschesnow, Vizepräsident der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) in der SBZ, zur Überwindung der Krise »Herz und Kopf«, d. h. Mitgefühl und eine rationale Anerkennung der historischen Tatsachen, die zu der furchtbaren Bürde geführt hätten, die Deutschland jetzt schultern sollte. Im *Neuen Deutschland* vom 6. Juni 1946 wies Tschesnow die Verantwortung unmissverständlich zu: »Wie ein Bumerang trifft das deutsche Volk, was es durch die Unterstützung der Hitlerschen Raubpolitik den anderen Völkern zugemutet hatte.«³³ Das deutsche Volk habe zwar gelitten, aber die Opfer müssten sich mit der Tatsache abfinden, dass es sich nicht um eine Fügung Gottes handle, sondern um eine direkte Folge ihrer Unterstützung des Nationalsozialismus.

Moralpredigten und Vorträge darüber, warum die Flüchtlinge über die ohnehin schon belasteten Gemeinden herfielen, kümmerten die Heimatvertriebenen herzlich wenig, denn sie empfanden ihr eigenes Leid intensiver als das der anderen. Informanten, die an Vertriebenentreffen im Großraum Berlin teilnahmen, dokumentierten regelmäßig, dass die Thesen, die deutschen Verbrechen überstiegen das deutsche Leid oder der Vernichtungskrieg des Dritten Reiches erfordere eine Sühne, auf Ablehnung stießen. In einem anonymen Brief an den Landesvorstand von Groß-Berlin aus dem Jahr 1947 berichtete ein Oberschlesier von polnischen Verbrechen, die den Deutschen ihr ganzes »Hab und Gut« geraubt hätten, und widersprach der Argumentation in den SED-Zeitun-

31 »Die Wanderung der Millionen. Der letzte Akt der von Hitler verbrecherisch eingeleiteten Völkerwanderung«, Berliner Zeitung vom 25. Oktober 1945, S. 3.

32 »Helft den Umsiedlern«, Berliner Zeitung vom 29. Dezember 1945, S. 2.

33 »Mit Herz und Kopf«, Neues Deutschland vom 6. Juni 1946, S. 2.

gen. Man habe dem Nationalsozialismus »Grausamkeiten« vorgeworfen, behauptete der Autor, doch seien diese im Krieg begangen worden. Nun sollten die Vertriebenen die gleichen Ungeheuerlichkeiten in Friedenszeiten durch Polen und die Sowjetunion hinnehmen.³⁴ Diese Gefühle waren weit verbreitet, sodass die Anweisungen von 1948 für SED-Agitatoren, die Flüchtlingsversammlungen infiltrierten, die Bekämpfung dieser Geschichtsvergessenheit unterstrichen.³⁵

Solche Geschichtslehrstunden konnten die Menschen nicht von den Ursachen ihrer Traumata überzeugen, insbesondere dann nicht, wenn sie im Sinne einer Kollektivschuld argumentierten. In diesem Denken unterschieden sich die Vertriebenen jedoch kaum von der übrigen Bevölkerung, die sich den Ergebnissen der Forschung zufolge kaum für das schuldig fühlte, was sie zwischen 1939 und 1945 getan hatte.³⁶ Auch die Gründe, warum Millionen von Flüchtlingen in die Gemeinden der SBZ strömten, konnten die Bedenken der oft verzweifelten und abweisenden Nachbarn nicht zerstreuen, die in einer Zeit großer Entbehrungen soziale Unruhe und wirtschaftliche Konkurrenz fürchteten. Angesichts der weit verbreiteten Weigerung, eine nuancierte Lesart der jüngeren Vergangenheit zu verinnerlichen, verlagerte sich die Berichterstattung zunehmend von Diskussionen über die Gründe für die humanitäre Krise auf die Gründe dafür, warum die Millionen von Flüchtlingen aufgenommen werden mussten. Amtsträger und vor allem Journalisten setzten sich an die Spitze der Bemühungen, Ablehnung und Hartherzigkeit etwas entgegenzusetzen. Die Hürde der Antipathie und des Misstrauens zu überwinden, erwies sich als immense Herausforderung, ebenso wie der Mangel an Material und Wohnraum, der es erschwerte, für Millionen von Vertriebenen eine neue Heimat zu finden.

Statt versöhnlicher Töne oder Appelle an Solidarität oder Patriotismus beriefen sich die Funktionäre oft erneut auf die jüngste Geschichte, um das abweisende Verhalten der Einheimischen zu kritisieren. Ein Sprecher des ZVU stellte beispielsweise im Juni 1946 fest, dass die »viel gepriesene nazistische Volksgemeinschaft nur so weit reichte, als es galt, die Gemeinschaft auf Kosten anderer Völker zu erhalten«, nun aber, wenn Landsleute litten, »versagen gerade diejenigen, die das Maul nicht voll genug nehmen konnten«.³⁷

Neben der Einschüchterung und der Konfrontation mit ihrem heuchlerischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus begegneten die Menschen im besetzten Deutschland auch Plakaten und Flugblättern politischer Parteien und

34 Anonymer Brief des Flüchtlings Oberschl. an den Landesvorstand von Groß-Berlin SED, 28. Oktober 1947, LAB C Rep 901, Nr. 419.

35 Die Richtlinie mit dem Titel »Flüchtlinge oder Umsiedler« spiegelt unmissverständlich das SED-Verständnis von den Zwangsmigrationen wider: »Diese Menschen, die sich Flüchtlinge nennen, vergessen, daß durch den Faschismus 6 Millionen Polen [sic] grausam umgebracht wurden. Diese Menschen wollen einfach von den Todesfabriken in Treblinka, Auschwitz und Maidanek nichts wissen. [...] Wer daher nüchtern, logisch und unvoreingenommen diese Zeilen überdenkt, wird die Ursachen erkennen, daß eine ›Umsiedlung‹ gar nicht in anderem Rahmen stattfinden konnte, der Name ›Flüchtling‹ daher falsch ist und die Dinge auf den Kopf stellt.« Zitiert nach Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 216 f.

36 Siehe z. B. Moeller: *War Stories* (Anm. 4).

37 »Mit Herz und Kopf« (Anm. 33), S. 2.

karitativer Organisationen, die zur Hilfe für die Vertriebenen aufriefen und dafür plädierten, »nehmt sie in eurer Mitte auf«.³⁸ Auch in der SBZ, wo man vermuten könnte, dass die Vertriebenen ein heikles Thema waren, wurden sie in der Presseberichterstattung unmissverständlich als die Hauptleidtragenden der Nachkriegszeit herausgestellt. So forderte der von der Sowjetunion eingesetzte Berliner Bürgermeister Arthur Werner noch im Dezember 1945 von der Bevölkerung einen Beitrag, denn es war klar: »Wenn auch eure Not groß ist, so ist sie nicht groß genug, um nur einen Teil der Not auszuräumen, der diese Menschen ausgesetzt sind.«³⁹ Die Zentralverwaltung für Gesundheit in der Sowjetzone appellierte ebenfalls an die Nichtvertriebenen, ihren unglücklichen Landsleuten zu helfen, die vom Krieg »am schwersten betroffen« waren.⁴⁰ An anderer Stelle erschienen die Flüchtlinge sogar als »ohne individuelle Schuld«, die dennoch »heimatlos« wurden und für die Verbrechen Nazideutschlands bezahlten.⁴¹ Die SED nutzte eine ähnliche Sprache, um zur Mildtätigkeit aufzurufen und auf die Teilnahme an den »Umsiedlerwochen« zu drängen, die weitgehend erfolglos blieben.⁴²

Einer der Gründe, warum die Vertriebenen besonders verletztlich waren, ist natürlich, dass sie ihr Eigentum verloren hatten. Ebenso verheerend war der Verlust ihrer Heimat und das damit verbundene Verständnis von Zugehörigkeit und Stabilität. Es überrascht nicht, dass Funktionäre in den Westzonen wie der Christdemokrat Peter Paul Nahm die Nichtvertriebenen aufforderten, sich vorzustellen, »was das heißt, die Heimat zu verlieren«, und zu erkennen, dass dieser Verlust der Vertriebenen besonderes Mitgefühl und Unterstützung verdiene.⁴³ Die Leitartikel der SBZ griffen ebenfalls auf das in der BRD-Literatur so typische Thema des verlorenen »Haus und Hof« als Argument für mehr Solidarität zurück.⁴⁴ Die *Neue Zeit*, das Organ der Ost-CDU, erinnerte im März 1946 daran, dass zwar alle Deutschen eine »völlige Umwälzung ihres Lebens« erlitten hätten, die Vertriebenen aber am härtesten getroffen worden seien und zudem mit einem weitaus grausameren Schicksal zu kämpfen hätten: »Sie trennen sich von der Erde der Heimat, diesem unerschöpflichen Kraftquell, und verlassen die Werkstätten ihrer Arbeit, verlieren auch das, was Generationen hindurch von dem Fleiß und von der Tüchtigkeit ihrer Vorfahren gehegt und gepflegt und an sie weitergegeben worden ist.«⁴⁵ Die Anspielung auf die lange Geschichte des deutschen Ostens ist vielleicht ebenso erstaunlich wie die Betonung der Heimaterde. Auch das Mitteilungsblatt des ZVU mit dem sprechenden Titel *Die neue Heimat* griff 1947 solche Gedanken auf, als es argumentierte, dass die Not

38 Siehe Beispiele in Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 65.

39 »Helft den Flüchtlingen!«, *Berliner Zeitung* vom 7. Dezember 1945, S. 2.

40 Ebd.

41 Parth: »Flüchtlinge« (Anm. 30), S. 3.

42 Douglas: *Orderly and Humane* (Anm. 23), S. 322.

43 Zitiert nach Hans Jandt: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis. Flucht und Vertreibung, Aufnahme und Unterbringung, Prozeß der Eingliederung*, Bad Schwalbach 1991, S. 135.

44 Siehe »Helft den Umsiedlern« (Anm. 32), S. 2.

45 »Die Große Wanderung«, *Neue Zeit* vom 5. März 1946, S. 1. Siehe auch »Helft den Flüchtlingen!« (Anm. 39), S. 2.

der Heimatvertriebenen das Leid der Opfer von Luftangriffen bei Weitem übertreffe, da diese zwar ihre Häuser, nicht aber ihre Heimat verloren hätten.⁴⁶ Trotz unterschiedlicher Weltanschauungen und ideologischer Ausrichtung verwendeten SBZ und Westzonen eine bemerkenswert übereinstimmende Sprache, um die Vertriebenen als diejenigen zu beschreiben, die am meisten unter dem verheerenden Krieg gelitten hatten.

Ein letztes zentrales Element der Integrationsbemühungen war der konzertierte Versuch, eine Annäherung zwischen den Neuankömmlingen und der einheimischen Bevölkerung herbeizuführen. Auch hier spielten die Medien eine zentrale Rolle, um negative Stereotype zu zerstreuen und die Öffentlichkeit damit vertraut zu machen, wer diese »Fremden« überhaupt waren, was sie durchgemacht hatten und vor welchen Herausforderungen sie standen. Die *Neue Zeit* zum Beispiel veröffentlichte Beiträge, die sich mit der Geschichte des deutschen Ostens befassten und seine reiche Kultur hervorhoben, um die »Schlesier bei uns« bekannt zu machen.⁴⁷ Darüber hinaus zeigte die Wochenschau-Reihe »Der Augenzeuge« noch 1947 vor den Spielfilmen in den SBZ-Kinos emotionale Wiedersehensszenen von Kindern und Eltern, die durch die Wirren der »wilden Millionenflucht« getrennt worden waren, und erinnerte die Zuschauer ausdrücklich daran, dass solche Szenen an allgegenwärtiges »stumm getragenes, schweres Leid« der Vertriebenen erinnern sollten.⁴⁸ Man erkennt in den SBZ-Blättern ein aufeinander abgestimmtes Bemühen, Mitgefühl zu wecken und die Leserinnen und Leser dazu zu bringen, sich mit denjenigen zu identifizieren, die seit Kriegsende »unter aller schwierigsten, ja unerträglichsten physischen und menschlichen Verhältnissen« lebten und »gebrochen an Leib und Seele« ankamen. Sie waren Opfer einer Katastrophe »kaum gekannten Ausmaßes«.⁴⁹

Weit davon entfernt, Flüchtlingskrise und Vertreibung zu überspielen, erhielten die Vertriebenen in der SBZ ein Forum, um sich an ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wenden, während ihre Landsleute im Westen in dieser Zeit unorganisiert und zumeist ausgegrenzt blieben. So druckte das SED-Organ *Neues Deutschland* im Juni 1946 einen Brief ab, in dem eine Heimatvertriebene nachfragte: »Was haben wir getan, daß wir allein das Unglück für das deutsche Volk tragen müssen? [...] Wie sollen wir jetzt anfangen, oder wo anfangen? Wo wir doch nichts haben, nichts!« Der Mangel an Mitgefühl sei am schwersten zu ertragen, selbst das kleinste Zeichen von Verständnis und Interesse an ihrer Notlage würde helfen. »Wie würden die Unglücklichen aufatmen, wenn sie hören und lesen, dass man sie persönlich anspricht, sich ihrer Not annimmt«, ließ die Autorin die Leserinnen und Leser wissen.⁵⁰ Einen Monat später präsentierte die *Neue Zeit* auch die »Sorgen und Nöte der Umsiedler«, indem sie Auszüge aus Briefen von Ver-

46 »Sie haben alles, was sie besaßen, auf das Konto der Wiedergutmachung der Schandtaten des Hitler-systems abgeben müssen. [...] Sie verloren noch etwas mehr als die total Ausgebombten – nämlich ihre Heimat.« Zitiert nach Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 199.

47 »Schlesier bei uns ...«, *Neue Zeit* vom 1. September 1946, S. 3.

48 »Kinder suchen ihre Eltern. Schicksale im Strom der Zeit. Ein Griff in das Archiv des »Augenzeugen«, *Berliner Zeitung* vom 12. März 1947, S. 3.

49 »Leid und Epoche der Fülle«, *Neue Zeit* vom 23. März 1946, S. 1.

50 »Ein Notruf von Millionen. Wir appellieren an die Solidarität des ganzen Volkes«, *Neues Deutschland* vom 25. Juni 1946, S. 2.

triebenen wiedergab, die über ihre Situation berichten wollten. Neben der Schilderung der miserablen Lebensbedingungen sahen sich zahlreiche Verfasser gezwungen, der weit verbreiteten Meinung entgegenzutreten, sie hätten ihre Heimat freiwillig verlassen oder seien zu »feige« gewesen, zu bleiben und sich der Deportation zu widersetzen. In den Briefen wurde vor allem für »mehr Demokratie und mehr Herz!!!« plädiert, und selbst ein einfaches, »freundliches Wort und ein warmer Händedruck« seien ein großer Trost für die Opfer von »Flucht und Vertreibung«.⁵¹

Der allgemeine Tenor der SBZ-Medien war klar: Der Faschismus musste gesühnt werden, während die unbestreitbare deutsche Opferrolle mit der nationalsozialistischen Kriminalität und Barbarei begründet werden sollte. Außerdem musste das Elend einem Zweck dienen, es durfte sich nicht einfach in endloses Wehklagen und Selbstmitleid verwandeln. Das Elend müsse verarbeitet und in einen Ausgangspunkt für eine gedeihliche Zukunft verwandelt werden, mahnte der Vizepräsident der ZVU Tschesnow. Nach der Auseinandersetzung mit der Realität und der Konfrontation mit dem Kausalitätsgeflecht sollten die Opfer nicht in Selbstmitleid schwelgen. »Wir aber, die Opfer und Zeugen des großen Flüchtlingselends, wollen nicht fruchtlos das ›Geschick‹ bejammern, sondern stets in heiligem Haß an die Schuldigen denken, die auch diese unglückselige Völkerwanderung von langer Hand her verschuldet haben, an die blutbeladene Nazi-Clique.«⁵² Erst dann, so die Folgerung, könne ein neuer Anfang und Sinn gefunden werden.

Der Versuch, aus dem Leid des Krieges eine politische Lehre zu ziehen, ist nicht überraschend. Angesichts der weit verbreiteten Annahmen über ein verordnetes Schweigen zum Thema Zwangsmigrationen ist jedoch bemerkenswert, dass »Flucht und Vertreibung« in der sowjetischen Lizenzpresse vor 1947 häufiger vorkamen als in den anglo-amerikanischen Lizenzorganen. Zudem mag die dem sozialistischen Narrativ zugrunde liegende Prämisse erstaunlich erscheinen: Die Vertriebenen waren unbestreitbar Opfer. Weit davon entfernt, »Flucht und Vertreibung« in Schweigen zu hüllen, bekannte sich der sozialistische Diskurs offen zu den schweren Traumata der deutschen Nation und nutzte praktisch dieselbe Sprache und Argumentation wie der Westen. Die Kommentatorinnen und Kommentatoren der SBZ erlebten das Elend, das so viele Landsleute teilten, aus erster Hand. Die Erinnerung an den Krieg war noch zu frisch, als dass man ihn hätte beschönigen können. Bemerkenswerterweise unterschieden sie sich anfangs daher kaum in ihrer Bereitschaft, über »Flucht und Vertreibung« zu diskutieren und die deutsche Opferrolle anzuerkennen, von der ideologischen Konkurrenz.⁵³ Erst mit der Gründung des »neuen Deutschland« und einer damit einhergehenden, ausgeprägten Strategie der Staatsbildung, die stark von der Integration der Umsiedler abhing, änderte sich der Ton und wurde zunehmend politisch.

51 »Sorgen und Nöte der Umsiedler«, Neue Zeit vom 14. Juli 1946, S. 3.

52 Parth: »Flüchtlinge« (Anm. 30), S. 3.

53 Für einen Vergleich des deutsch-deutschen »Flucht und Vertreibung«-Diskurses in den ersten Nachkriegsjahren siehe Peter N. Gengler: »New Citizens« or »Community of Fate«? Early Discourses and Policies on »Flight and Expulsion« in the Two Postwar Germanys, in: Central European History 53 (2020), H. 2, S. 314–334.

III. »Blühende Landschaften« und sozialistische Utopien: Die Politisierung von »Flucht und Vertreibung«

Am Vorabend der Gründung der DDR gab es zwischen den westlichen und der sowjetischen Zone große Ähnlichkeiten in der Darstellung der Opferrolle der Vertriebenen. Zum Teil ist dies auf die gemeinsamen Erfahrungen der Kommentatorinnen und Kommentatoren zurückzuführen: Sie hatten die gleichen Kriegswirren gesehen, miterlebt und durchlebt, die trotz ideologischer Unterschiede unbestreitbare Eindrücke hinterließen. Weiterhin berührten die Bemühungen der Sozialdemokratie ähnliche Themen, da sie Teil einer Kampagne waren, die darauf abzielte, Sympathien für die Vertriebenen zu wecken und für proaktive Maßnahmen zur Bewältigung der humanitären Krise zu werben, die einen echten Aufschwung nach dem Krieg verhindern würde. Den Vertriebenen ein menschliches Antlitz zu geben, war ein wichtiger Meilenstein, um ihren Status als Opfer und Mitbürger mit Anspruch auf materielle Unterstützung zu bekräftigen. Die Forderung nach einem sanften Umgang mit den Vertriebenen mag dazu gedacht gewesen sein, soziale Spannungen abzubauen, letztlich bereitete sie jedoch Diskussionen den Boden, wie aus den Trümmern des Dritten Reiches wirklich eine harmonische, gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft entstehen könnte.

Gerade in den Details der Ausgestaltung der konkreten Politik nahm das Narrativ »Flucht und Vertreibung« in Ostdeutschland neue Dimensionen an. Nach 1947/48 verlagerte sich die Diskussion über »Flucht und Vertreibung« zunehmend auf die Rechtfertigung unmittelbar bevorstehender und umfassender Reformen, einschließlich der drastischen Zuweisung begrenzter Ressourcen, um nicht nur die Vertriebenenfrage zu bewältigen, sondern tatsächlich das sozialistische Deutschland zu schaffen. Mit anderen Worten: Sobald die Vertriebenen mit der Frage der Staatsbildung und des gesellschaftlichen Wiederaufbaus verknüpft wurden, politisierte die SED »Flucht und Vertreibung« stark, ein Trend, der sich mit der Gründung zweier deutscher Staaten und dem Auseinanderdriften von West und Ost im frühen Kalten Krieg noch beschleunigte.

Der nach 1947/48 stärker politisierte Tenor lässt sich vor allem an Appellen festmachen, die nicht mehr die Opferrolle der Vertriebenen hervorhoben, sondern ihr Schicksal als entscheidend für die Zukunft Deutschlands darstellten. Nur der Sozialismus könne ein wirklich egalitäres »neues Deutschland« schaffen, das eine Heimat für *alle* Deutschen sein könne. Die Umsiedler waren nun ein wichtiges Element der Argumente für umfassende Reformen und letztlich für die Schaffung eines sozialistischen Staates und einer sozialistischen Gesellschaft. Ein Scheitern in dieser Frage hätte natürlich ein bereits unpopuläres Regime weiter untergraben. Dies mag erklären, warum sich die Pläne zur Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR schneller entwickelten als in den Westzonen.⁵⁴ Während sich die Erleichterungen für die Vertriebenen im Westen im Zeit-

54 Siehe Michael L. Hughes: *Shouldering the Burdens of Defeat. West Germany and the Reconstruction of Social Justice*, Chapel Hill 2009; Rüdiger Wenzel: *Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952*, Stuttgart 2008.

lupentempo entwickelten und aufgrund parteipolitischer Blockaden verzögerten, wiesen die sowjetischen Behörden die SED im Herbst 1946 an, 400 Millionen Mark an bedürftige Flüchtlinge auszuzahlen.⁵⁵ Bis Ende 1947 gelang es den Behörden in der SBZ, fast 80 Prozent der Bewohner der Flüchtlingslager in feste Wohnungen umzusiedeln, während ihre Brüder und Schwestern in den anderen Zonen weiterhin in den verachteten Flüchtlingslagern darboten.⁵⁶

Diese Maßnahmen waren trotz allem unzureichend, wie der führende SED-Politiker Paul Merker 1947 in einer Broschüre einräumte, in der er einen verbesserten Zugang zu Wohnraum, Hilfen und die Beteiligung der Flüchtlinge an politischen und kulturellen Aktivitäten versprach.⁵⁷ Von größerer Bedeutung ist jedoch die Prämisse, die Merkers Argumentation zugrunde lag: Die Assimilierung der Umsiedler und die Überwindung der Folgen von »Flucht und Vertreibung« waren ein erster Schritt zum Aufbau eines sozialistischen Deutschland. Mit anderen Worten: Das Flüchtlingsproblem war Herausforderung und Chance zugleich für das SED-Regime, das eine grundlegend andere, egalitäre Gesellschaftsordnung anstrebte. Wie Merker in einem Leitartikel im September 1947 im *Neuen Deutschland* formulierte, war die »Angleichung der Lebensverhältnisse« von Vertriebenen und Nicht-Vertriebenen Voraussetzung zur Schaffung von Gleichheit und wahrer Gerechtigkeit in Deutschland.⁵⁸

Die ostdeutsche Antwort auf die anhaltenden westdeutschen Debatten über einen »Lastenausgleich« zielte von Anfang an auf die Schaffung einer echten sozialistischen Gesellschaft. Denn die Integration und Beendigung des Elends der Vertriebenen, so erklärte die *Neue Zeit* bereits 1946, sei der eigentliche »Prüfstein [...] für den guten Geist und die lebendige Kraft unserer inneren deutschen Verbundenheit, ohne die eine Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes nicht gelingen kann«, ⁵⁹ Darüber hinaus bot die humanitäre Katastrophe die Chance, einen »grundlegenden Wandel« einzuleiten, der »Arbeit und Brot« für die Vertriebenen schaffen und damit ganz Deutschland zugutekommen sollte.⁶⁰ Insbesondere in der Frage der Boden- und Agrarreform dienten die Forderungen der Vertriebenen nach einer »Aufteilung des Großgrundbesitzes« der SED als Vorwand.⁶¹ Enteignung und Kollektivierung von Grundbesitz waren dringende Anliegen der SED, die ihre Politik zum Teil damit begründete, dass die »ruinierten Bauern, die verelendeten Landarbeiter, die heimatlosen Flüchtlinge« durch diese Umgestaltungsmaßnahmen zum Rückgrat einer wiederbelebten Industrie und Landwirtschaft und zum »Weg in eine bessere Zukunft« werden könnten.⁶² Kurzum, die Umsiedler

55 Siehe Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 198.

56 Ebd., S. 200.

57 Paul Merker: *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems*, Berlin 1947.

58 Paul Merker: »Die Partei und die Umsiedler«, *Neues Deutschland* vom 17. September 1947, S. 2.

59 »Die Große Wanderung« (Am. 46), S. 1.

60 Parth: »Flüchtlinge« (Anm. 30), S. 3.

61 »Boden für die Flüchtlinge. Pfarrer für die Aufteilung des Großgrundbesitzes«, *Neue Zeit* vom 9. September 1945, S. 2.

62 Johannes Rudolf: »Deutschland auf neuen Wegen. Die historische Bedeutung der Bodenreform«, *Berliner Zeitung* vom 7. September 1945, S. 1.

standen im Mittelpunkt des Aufbaus eines »neuen Deutschlands, in dem Freiheit und Demokratie herrschen werden«, wie *Time Magazine* den ersten Berliner Nachkriegsbürgermeister Arthur Werner (parteilos, Mai 1945 – Oktober 1946) zitierte.⁶³ Ihr Schicksal und ihr Wohlstand waren das Mittel, mit dem die Attraktivität und Überlegenheit des Sozialismus demonstriert werden konnte.

Wie vorauszusehen war, umgab die SBZ die Vertriebenen mit einem Heldennimbus. Anstatt ihre Existenz zu verschweigen und zu tabuisieren, verkörperten die Neuankömmlinge im öffentlichen Diskurs der frühen Nachkriegszeit eher das »neue Deutschland«. Die Ostdeutschen erfuhren von Bauern, die ihr fruchtbares angestammtes Land verloren hatten, aber nun neue Felder bearbeiteten, die sie von enteigneten Gutsbesitzern übernommen hatten. Die *Neue Zeit* feierte Priester, die den »wandernden Trecks« mit Ausdauer und Kraft vorangegangen waren und nun die neuen Gemeinden belebten – mit »Hoffnung und Durchhaltekraft [...] wie einst [die] Ahnen, als sie die Wälder zu roden begannen, anfangen, Land zu umackern«.⁶⁴ Die Anspielung auf die deutschen Zivilisationsmissionen des Mittelalters im Osten, als teutonische Pioniere angeblich Wälder fällten und die Erde umpflügten, klang auch im Lob des Vertriebenenfleißes an: die Neubürger wussten instinktiv, wie man eine »blühende Landwirtschaft« formte.⁶⁵

Filme wie »Freies Land« (1946) und »Die Brücke« (1949) verstärkten diese Vorstellungen, wenn sie die Geschichten von Flüchtlingen erzählten, die zu neuem Wohlstand fanden und ihr zerrüttetes Leben wieder aufbauten, indem sie in Einvernehmen mit ihren Nachbarn lebten, um eine neue Heimat zu schaffen, die sogar besser war als die alte. Die Filme dienten als »illustrierter Vortrag«, wobei die Hauptbotschaft lautete: »Sozialismus ist ein Ziel, aber auch ein Mittel zum Zweck.« Mit anderen Worten: Das Regime nutzte »Flucht und Vertreibung« zur Vermittlung seiner Botschaften und als zentrales Mittel, um den sozialistischen Aufbau einer skeptischen Öffentlichkeit zu verkaufen.⁶⁶ So stand »der Vertriebene« in Ostdeutschland zunächst nicht am Rande, sondern im Zentrum: Er ist eine vergessene Dimension des Gründungsmythos der DDR.

All dies bedeutet nicht, dass der jubelnde Ton der Realität entsprach. Gemessen an den enormen Kosten waren die Integrationsstrategien der SED einerseits ernst gemeint. Bis Anfang der 1950er-Jahre setzte die DDR fast den gesamten Wohnungsbauetat für die Schaffung von Bauernhöfen ein. Dies kam den Heimatvertriebenen zugute, behinderte aber den Wiederaufbau der ostdeutschen Städte.⁶⁷ Die Errungenschaften, die durch die Ansiedlung von etwa 200 000 »Neubauern« auf Bauernhöfen erzielt wurden, waren andererseits jedoch nur vorübergehend, denn viele verloren durch die Kollektivierung später ihren Besitz, was zahlreiche »Neubauern« als zweite Vertreibung empfanden. Obwohl es der SED bis 1947 gelang, 80 Prozent der Vertriebenen aus den Lagern zu

63 »Forced Migration«, *Time Magazine*, Nr. 46, H. 7 vom 13. August 1945, S. 38.

64 »Menschen um uns«, *Neue Zeit* vom 22. Januar 1947, S. 3.

65 »Vom Flüchtling zum Bauern. Mecklenburg als neues Siedlungsgebiet«, *Neue Zeit* vom 13. September 1945, S. 2.

66 Siehe Bill Niven: Film und Fernsehen in der DDR, in: Scholz/Röger/Niven: *Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung* (Anm. 8), S. 143–145.

67 Siehe Douglas: *Orderly and Humane* (Anm. 23), S. 324.

holen und diese bis 1950 ganz zu schließen, landeten die Flüchtlinge häufig in baufälligen und überfüllten Wohnungen, die durch kreative Buchführung quasi im Verborgenen existierten.⁶⁸ Was jedoch die Beschäftigung betrifft, so fanden die Vertriebenen aufgrund des Arbeitskräftemangels in der DDR schneller Arbeit als in der BRD, und die aggressive Entnazifizierung der Berufszweige in Ostdeutschland kam vor allem jüngeren Vertriebenen zugute, die freie Stellen besetzten. Auch wenn man zu dem Schluss kommen kann, dass die sozialistischen »Errungenschaften« nur Augenwischerei waren, kann doch festgehalten werden, dass die SED-Initiativen die Bemühungen in Westdeutschland zunächst in den Schatten stellten, wo Millionen Menschen arbeitslos waren und Hunderttausende auch noch 1965 in »provisorischen« Flüchtlingslagern hausten.⁶⁹

Die anfänglichen unübersehbaren Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten ließen die Frage aufkommen, ob der ostdeutsche Ansatz seine Berechtigung hatte. Während Westdeutschland mit dem Marshallplan den Weg des Wiederaufbaus einschlug, sahen sich die Vertriebenen mit schlechteren Bedingungen als zuvor konfrontiert, da die Währungsreform der Trizone von 1948 diejenigen unverhältnismäßig hart traf, deren Vermögen überwiegend aus Bargeld bestand.⁷⁰ Die ohnehin schon arbeitslosen und um ihre Existenz ringenden Flüchtlinge sahen ihre geringen Ersparnisse über Nacht vernichtet. Die Bemühungen, den Vertriebenen zu helfen, wieder Fuß zu fassen, kamen nur schleppend voran und führten zu Streiks, die von einer alarmierenden Demagogie in den Flüchtlingslagern begleitet wurden.⁷¹ Frustrierte Heimatvertriebene griffen Politiker an und prügeln sich mit der Polizei.⁷² Im Oktober 1948 strömten 35 000 von ihnen nach Bonn, um die seit Jahren versprochene Hilfe einzufordern.⁷³ Westdeutsche Zeitungen berichteten kontinuierlich über die schrecklichen Lebensbedingungen in den Lagern, die unerträglichen Hürden, denen die Vertriebenen gegenüberstanden, den wachsenden Ärger und die Verzweiflung über die Intransigenz der Regierung.⁷⁴ Am meisten alarmierte vielleicht, dass sich die Vertriebenen auf die sozialistische Politik beriefen und begannen, Agrarreformen wie jene zu fordern, die die SED durchgeführt hatte. Das schürte die Panik, Moskau könne diese schutzlose und wütende Bevölkerungsgruppe für seine Zwecke einspannen.⁷⁵

Die DDR-Presse verfolgte diese Entwicklungen mit unverhohlener Häme und interpretierte sie als Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus. Zufrieden damit, dass das antifaschistische Deutschland die Politik entwickelte, die eine neue Heimat für alle Deutschen schuf, betonte die Berichterstattung in den späten 1940er-Jahren zunehmend

68 Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 200.

69 Brenda Melendy: *Expellees on Strike. Competing Victimization Discourses and the Dachau Refugee Camp Protest Movement, 1948–1949*, in: *German Studies Review* 28 (2005), H. 1, S. 107–126.

70 Siehe Hughes: *Shouldering the Burdens of Defeat* (Anm. 54), S. 69 f.

71 Siehe Melendy: *Expellees on Strike* (Anm. 69).

72 Siehe Ian Connor: *Refugees and Expellees in Post-War Germany*, Manchester 2007, S. 179.

73 Siehe Andrew Demshuk: *The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory, 1945–1970*, 2. Aufl. Cambridge 2014, S. 60.

74 Für ein typisches Beispiel siehe »Sie warten«, *Allgemeine Zeitung* vom 30. Juni 1949, S. 1.

75 Siehe Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 201.

die Versäumnisse des kapitalistischen Systems, das den Vertriebenen nur leere Versprechungen mache. Die endlosen Hilfszusagen seien eine »Farce«, die von einem Staat verbreitet werde, der vor allem am Schutz des »Monopolkapitals und der Junker« interessiert sei, während die DDR die »Parasiten« aus dem Land gejagt und Tausenden von Vertriebenen die Chance gegeben habe, ein neues Leben zu beginnen.⁷⁶ Westdeutsche Politiker täten nichts anderes als den gesamten Prozess zu »sabotieren« und vergössen »Krokodilstränen« über die Härten, die die Vertriebenen weiterhin erleiden mussten, ohne die Absicht zu haben, wirklich gerechte Lösungen zu finden.⁷⁷ All dies wurde der »blühende[n] Landwirtschaft« gegenübergestellt, die die Umsiedler mit der vorbildlichen Hilfe der ostdeutschen Bevölkerung aufgebaut hätten – wodurch sich echte »Volkssolidarität bei der Arbeit« offenbart habe.⁷⁸ In der Überzeugung, die Flüchtlingskrise gelöst zu haben, während der ideologische Konkurrent versagt hatte, löste die SED die Umsiedlerverwaltung 1949 auf. Die Krise war vorbei und bedurfte keiner weiteren Aufmerksamkeit, denn die Umsiedler »haben eine neue Heimat gefunden«. »Im Ostsektor gibt es kein Umsiedlerproblem mehr«, ließ die SED über ihr Parteiorgan *Neues Deutschland* verlauten und verkündete offiziell den Sieg.⁷⁹

Der sich drehende Wind hatte Auswirkungen auf die Politik und den öffentlichen Diskurs. Zunächst fanden Heimatvertriebene und Zwangsmigrationen immer seltener Erwähnung in der Presse. Die anfänglich überraschende Bereitschaft, die Vertriebenen als Opfer darzustellen, wich Ende der 1940er-Jahre einer bewussten Zurückhaltung bei Begriffen wie »Flüchtlinge« oder »Vertriebene«. Darüber hinaus wurde in den Artikeln infrage gestellt, ob die Deutschen aus ihrer angestammten Heimat »verjagt« oder ob sie zu Recht aus den durch den preußischen Militarismus eroberten slawischen Gebieten deportiert wurden. In der Geschichtsdeutung hieß es nun, die Gebiete seien »nie rechtmäßig deutsch« gewesen, und die Erfahrungen der Flüchtlinge seien nur geringfügige »Unannehmlichkeiten«, die letztlich das notwendige Opfer für »Frieden und Freundschaft« darstellten.⁸⁰ Jedes Wort, das Ungerechtigkeit implizieren konnte, verschwand zugunsten neutralerer oder positiverer Begriffe wie »Umsiedler« oder »Neubürger«.

Der Wunsch, die Zwangsmigrationen unter den Teppich zu kehren, hatte auch erhebliche außenpolitische Auswirkungen. Im Juli 1950 drängte die UdSSR die DDR dazu, die Oder-Neiße-Linie im »Görlitzer Abkommen« als ihre Ostgrenze anzuerkennen, womit der kommunistische Block sein Bekenntnis zu den europäischen Nachkriegsgrenzen bekräftigte. Dies war alles andere als unumstritten: Viele Ostdeutsche waren mit der Entscheidung nicht einverstanden, Gebiete für immer aufzugeben, die historisch gesehen

76 »Westdeutsches Flüchtlingsgesetz eine Farce«, *Neues Deutschland* vom 14. Oktober 1949, S. 5.

77 »Bayern und die Umsiedler. Ernste Kritik der CSU«, *Neue Zeit* vom 22. Januar 1947, S. 2; »Worüber man spricht«, *Berliner Zeitung* vom 10. September 1950, S. 2.

78 »Vom Flüchtling zum Bauern. Mecklenburg als neues Siedlungsgebiet« (Anm. 65), S. 2; »Umsiedler finden eine neue Heimat«, *Neues Deutschland* vom 1. September 1946, S. 4. Siehe auch »Wie den Neubauern geholfen wird«, *Berliner Zeitung* vom 29. Januar 1946, S. 3.

79 »Sie haben eine neue Heimat gefunden: Im Ostsektor gibt es kein Umsiedlerproblem mehr/Frivoles Spiel mit »Landsmannschaften««, *Neues Deutschland* vom 21. August 1949, S. 6.

80 Zitiert nach Kossert: *Kalte Heimat* (Anm. 5), S. 223.

seit Jahrhunderten zu Deutschland gehörten. Unter ihnen waren auch hochrangige Parteimitglieder, die nur widerwillig einlenkten. Begleitet wurde dieser Vertrag von dem propagandistisch betitelten »Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler«, einem Paket von zinslosen Krediten in Höhe von 1000 DM pro Umsiedlerhaushalt. Auch wenn die SED einen weiteren Meilenstein in der Unterstützung ihrer Vertriebenen feierte, während die BRD weiter nach Strohhalmen griff, war das Gesetz eher ein Mittel zur Linderung als eine großzügige Finanzspritze. Die offizielle Anerkennung, dass ihre Heimat für immer verloren war, erschütterte die Umsiedler jedoch vor allem psychisch. Nur wenige empfanden die Hilfe als angemessene Entschädigung und lehnten die Entscheidung der DDR energisch ab.⁸¹

Die sich verhärtenden Fronten des Kalten Krieges waren der entscheidende Kontext für diese letzte Entwicklung im ostdeutschen Diskurs um »Flucht und Vertreibung«. Eingebettet in den ostdeutschen Antifaschismus und den Ruf nach Weltfrieden diente die Umsiedlerfrage nun als Stichwort in deutsch-deutschen ideologischen Auseinandersetzungen. So warnte Wilhelm Pieck auf der Ersten Parteikonferenz der SED im Januar 1949 vor dem wieder aufkeimenden »Unkraut der Völker- und Rassenhetze« im Westen, wo die Ausnutzung der Vertriebenennot durch Reaktionäre ein »ernsthaftes Hindernis im Kampf um den Frieden« darstelle.⁸² Ein Jahr später erläuterte Pieck in seiner Geburtsstadt Guben, die durch die ostdeutsch-polnische Grenze geteilt war, dass die westdeutsche Weigerung, den Preis des Hitlerismus anzuerkennen, und das Beharren auf der »verlorenen Heimat« den Frieden und die deutsche Einheit untergrüben: »Wir haben unsere engere Heimat verloren, aber wir haben die große Heimat des Friedens, die Heimat eines demokratischen friedliebenden Deutschlands gewonnen. Für die Erhaltung des Friedens in unserem geeinten deutschen Vaterland laßt uns gemeinsam kämpfen.«⁸³

Während der Umgang der DDR mit den Umsiedlern dem »heiligen Auftrag« der Friedenssicherung diene, sei die westdeutsche Antwort das Gegenteil. Dort, so die SED, »haben die Organe dieser sogenannten Ostvertriebenen [...] den Ehrgeiz [...], die reaktionärsten, die unverschämtesten in Deutschland zu sein.«⁸⁴ Ihr Aktivismus stellte angeblich die Speerspitze der faschistischen und imperialistischen Kräfte dar, die Europa in einen neuen und unvermeidlichen Krieg stürzen wollten. Die ostdeutsche Presse warnte vor einer »Marschroute des Neofaschismus«, auf der westdeutsche Vertriebenenorganisationen dadurch auffielen, dass sie von »ausnahmslos alten hartgesottenen Nazis und Deutschnationalen« geführt würden.⁸⁵ Anstatt sich der Aufgabe zu widmen, eine neue Heimat für ihre Wähler zu finden, missbrauchten die Vertriebenenführer Emotionen und »reißen [...] die kaum vernarbten Wunden immer wieder auf und streuen einen gefährlichen Völkerhaß aus«, während ihre Brüder in der DDR längst Frieden, Wohl-

81 Ebd., S. 219 f.

82 Zitiert nach Hahn/Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern (Anm. 3), S. 571.

83 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. 2: Auswahl aus den Jahren 1908 bis 1950, Berlin 1954, S. 552.

84 Zitiert nach Lotz: Die Deutung des Verlusts (Anm. 9), S. 103.

85 Wilhelm Girnus: »Die Marschroute des Neofaschismus«, Neues Deutschland vom 3. März 1950, S. 2.

stand und eine »neue Heimat« gefunden hätten.⁸⁶ Der antifaschistische Staat führe gegen diese »Handlanger der Imperialisten, die alles tun sollen, um Kanonenfutter für deren neuen Krieg zu gewinnen«, einen imperialistischen Krieg, in dem Deutsche »nicht am Ural eine neue Heimat, sondern irgendwo westlich der Elbe ihr Grab finden würden«.⁸⁷

So wie das sozialistische Regime anfangs die Zwangsmigrationen politisierte, um ein Narrativ zu schaffen, das seinen eigenen Aufbau unterstützte, ging es nun im Kontext der eskalierenden Spannungen des Kalten Krieges schnell in die andere Richtung, um eine rhetorische Waffe zu konstruieren. Einst Sinnbild für den sozialistischen Aufbau und das Beschreiten neuer Wege, diente der Umsiedler nun als unheilvolle Warnung vor den Gefahren des Revanchismus und der Bedrohung des Friedens.

IV. »Flucht und Vertreibung« neu denken

Damit waren die Grundelemente des ostdeutschen Vertriebenendiskurses geschaffen. Geprägt von den antifaschistischen Rhetorikformeln mit Schlagwörtern wie »Revanchismus«, war dies die letzte Wendung in der Behandlung der Zwangsmigrationen, die zuvor keineswegs bereits fixiert war. Eine ausführliche Behandlung des umstrittenen Diskurses in deutsch-deutscher Perspektive nach 1950 würde den Rahmen dieses Artikels sprengen und ist bereits ausführlich untersucht worden.⁸⁸

In Bezug auf das einleitende Grass-Zitat lohnt es, stattdessen noch einmal zu prüfen, ob »Flucht und Vertreibung« in Ostdeutschland tatsächlich ein »Tabu« war. Als sich die politische Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten vergrößerte, wurden das Thema der Zwangsmigrationen und die Vorstellung von der deutschen Opferrolle zweifellos zu Minenfeldern. Der Stellenwert der ostdeutschen Umsiedler verblasste im Vergleich zu dem ihrer Brüder und Schwestern in der BRD, wo die Vertriebenen bis in die 1960er-Jahre hinein erheblichen politischen und kulturellen Einfluss ausübten.

Die Bedeutung der westdeutschen Landsmannschaften und ihr kämpferischer anti-kommunistischer Tenor sind eine Erklärung dafür, warum der ostdeutsche Staat das Thema »Flucht und Vertreibung« so aufmerksam verfolgte. Die SED hatte bereits unmittelbar nach dem Krieg ein wachsames Auge auf die Flüchtlingszusammenkünfte.⁸⁹ Diese Überwachung wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit ausgeweitet, das Anfang der 1950er-Jahre verstärkt versuchte, öffentliche Demonstrationen zu verhindern und sogar zu kriminalisieren, die zunehmend als »revanchistische« Aktivitäten angesehen wurden.⁹⁰ Vor allem nach dem Arbeiteraufstand von 1953 veranlasste die Furcht vor

86 »Sie haben eine neue Heimat gefunden: Im Ostsektor gibt es kein Umsiedlerproblem mehr/Frivoles Spiel mit ›Landsmannschaften‹« (Anm. 79), S. 6.

87 »Was Herr Reuter zu sagen vergaß«, Neues Deutschland vom 12. November 1949, S. 2; »Die Bonner Revanchepolitiker – Todfeinde aller Völker Europas«, Neues Deutschland vom 4. September 1952, S. 1.

88 Siehe zum Beispiel Lotz: Die Deutung des Verlusts (Anm. 9); und für die westdeutsche Perspektive Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch« (Anm. 3).

89 Siehe zum Beispiel die Berichte in LAB C Rep. 901 Nr. 419.

90 Zur Überwachung und Repression von Vertriebenen siehe Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (Anm. 7).

westdeutschen Bestrebungen, die Umsiedler in der DDR aufzuwiegeln, die SED dazu, den Artikel 6 der DDR-Verfassung, der »militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form« sowie »Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß« unter Strafe stellte, als Mittel zur Unterdrückung der Vertriebenen schärfer durchzusetzen.⁹¹ Nach dieser weit gefassten Formulierung konnte sogar das Singen von Volksliedern als Straftatbestand gelten. Wie gezeigt wurde, überwachte das Regime von Anfang an und zu jedem Zeitpunkt die Umsiedler genau und kontrollierte und steuerte den Diskurs. Dies wird bei der Lektüre ostdeutscher Zeitungen schnell deutlich: Es fallen die gemeinsamen Themen, Argumentationen und sogar Formulierungen auf, die innerhalb eines kurzen Zeitraums in verschiedenen Zeitungen auftauchten.

Bemerkenswert ist aber vielmehr, dass die Zwangsmigrationen in der DDR trotz Verboten und staatlicher Vermittlung überraschend präsent blieben. Die Forschung zeigt, dass selbst diese Maßnahmen kaum verhinderten, dass Umsiedler bis in die 1960er-Jahre hinein an mündlich organisierten Treffen teilnahmen.⁹² »Flucht und Vertreibung« war kein Tabu im eigentlichen Sinne. Vielmehr waren die Bestimmungsfaktoren des Diskurses in der DDR andere als in der BRD und zumeist in die private oder halböffentliche Sphäre verbannt. Gemessen am antikommunistischen und streitlustigen Tenor westdeutscher Vertriebenenorganisationen hatte »Flucht und Vertreibung« in der DDR sicher keinen hohen Stellenwert. Immerhin fanden Autoren wie Christa Wolf und Johannes Bobrowski, später auch Ursula Höntsch-Harendt, die Freiheit, über die verlorene Heimat im deutschen Osten und das Kriegsleid zu sprechen, sofern es in einen ostdeutschen antifaschistischen Rahmen passte.⁹³ Vor allem, und das wurde in diesem Artikel dargelegt, trifft die Vorstellung, dass »niemand darüber reden wollte«, nicht zu, insbesondere nicht für die Zeit zwischen 1945 und 1949. Vergleicht man die Berichterstattung in den verschiedenen Zonen in diesem Zeitraum, zeigt sich, dass das Thema Vertreibung und das daraus resultierende Leid in den Zeitungen mit sowjetischer Lizenz verblüffenderweise häufiger vorkam als in den Zeitungen der anderen Zonen.

Daneben wird häufig auch übersehen, dass die Diskurse in Ost und West zunächst ein hohes Maß an Überschneidungen aufwiesen.⁹⁴ Die deutsche Opferrolle war im kommunistischen Osten vor der Eskalation des Kalten Krieges und der Divergenz der beiden Systeme ein akzeptiertes Konzept. Kommunistische Zeitungen scheuten weder die Diskussion, noch leugneten sie die Grausamkeit der Kriegserfahrungen. Das Leid blieb freilich abstrakt und heruntergedimmt, insbesondere was die Rolle der Roten Armee betraf. Aber für den in diesem Artikel untersuchten Zeitraum gilt nicht – wie Michael Schwartz behauptet –, dass von den Umsiedlern erwartet wurde, dass sie sich »ohne jede rhetorische Tröstung« integrierten.⁹⁵ Explizite Beschreibungen fehlen jedoch auch in der frühen

91 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, 7. Aufl. Berlin 1985, S. 12.

92 Siehe Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (Anm. 7).

93 Siehe Bobrowski: *Levins Mühle* (Anm. 6); Wolf: *Kindheitsmuster* (Anm. 6); Ursula Höntsch-Harendt: *Wir Flüchtlingskinder*, Halle 1989.

94 Weitere Informationen zu den Ähnlichkeiten in Gengler: »New Citizens« (Anm. 53).

95 Michael Schwartz: *Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsgeschichte*, in: *Deutschland Archiv* 30 (1997), H. 2, S. 195.

Nachkriegspresse mit Westlizenzen. Zudem herrschte im besetzten Deutschland die Meinung vor, dass die Millionen von Flüchtlingen unbestreitbar Opfer waren. Ein Kommentator im *Neuen Deutschland* drückte es unverblümt aus: »Umsiedler, Flüchtlinge, Vertriebene – wir können sie nennen, wie wir wollen, sie sind Opfer von Hitlers Krieg.«⁹⁶ Mehr noch, die Deutschen aus dem Osten wurden als die Hauptleidtragenden des Konflikts angesehen. Themen wie »verlorene Heimat« und Beschreibungen unermesslichen Leids durchzogen die öffentlichen Darstellungen im kommunistischen Osten.

Die bemerkenswerten Ähnlichkeiten in den frühen »Flucht und Vertreibung«-Diskursen sind nicht überraschend. Die humanitäre Katastrophe war so groß und offensichtlich, dass es unmöglich gewesen wäre, sie einfach mit antifaschistischen Maximen zu überspielen. Und was noch wichtiger ist: Niemand wollte das. Die Bereitschaft der von der Sowjetunion unterstützten Politiker und Journalisten, das Leid von Millionen von Flüchtlingen anzuerkennen, ist zum Teil damit zu erklären, dass diese Personen trotz ihrer politischen Einstellung den Berichten, der Propaganda, den Gerüchten und den Eindrücken der Kriegs- und Nachkriegsjahre genauso ausgesetzt waren wie alle anderen. Die Ideologie mag zu unterschiedlichen Interpretationen der Katastrophe geführt haben, aber sie änderte nichts an der Tatsache, dass die Zeitgenossen ein tiefgreifendes Phänomen erlebten und miterlebten, das viele Deutsche betraf, die letztlich Landsleute waren. Selbst gläubige Antifaschisten machten sich das Leid zu eigen und fühlten sich mit den Flüchtlingen vor ihrer Tür emotional verbunden. Diese gemeinsame Grundlage führte dazu, dass das Narrativ von »Flucht und Vertreibung« in den verschiedenen Zonen zunächst bemerkenswert homogen war.

Die Auseinandersetzung mit dem Geschehen war in allen Zonen ein prominentes und drängendes Thema, um die Gründe für die allgegenwärtigen Kolonnen von Vertriebenen, die Flüchtlingslager und die Folgen des Krieges zu verstehen. Der Versuch, die Folgen des Dritten Reiches und der katastrophalen Niederlage zu deuten, war ein dringend notwendiger erster Schritt zur Bewältigung der Bürde der NS-Diktatur und des ruinösen Krieges. Die Vertriebenen standen im Zentrum der Bemühungen, das Erbe des Dritten Reiches anzunehmen, denn sie verkörperten für die Deutschen wie niemand sonst den katastrophalen Zusammenbruch und die Niederlage. Für die Beobachterinnen und Beobachter, die die Deutschen zu einer demokratischen Zukunft ermahnen und drängen wollten, zu der auch die Eingliederung der verletzlichen und traumatisierten Neuankömmlinge gehörte, waren sie ein mächtiges Symbol. Aus diesem Grund zögerten SED-Funktionäre und Zeitungsredakteure nicht, »Flucht und Vertreibung« trotz der problematischen politischen Dimensionen zu thematisieren. Die Verschiebungen im Diskurs spiegelten die wechselnden politischen Kalküle und Ziele des Regimes wider.

Außerdem nahm der »Flucht und Vertreibung«-Diskurs in der SBZ/DDR um 1947/48 eine deutlich sozialistische Färbung an, zum Teil aufgrund der Konkurrenz des Kalten Krieges. Genauso wichtig für die Erklärung dieses Wandels ist jedoch das Aufkommen konkreter Integrationsstrategien zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, die wiederum mit dem sozialistischen Staatsaufbau verbunden waren. Die geopolitischen Spannungen

96 »Mit Herz und Kopf« (Anm. 33), S. 2.

zwischen den beiden Machtblöcken könnten die Entstehung von zwei konkurrierenden Teilstaaten und damit die Herausbildung von zwei gegensätzlichen politischen Identitäten beschleunigt haben. Die unterschiedlichen Strategien zur wirtschaftlichen und sozialen Integration von Millionen heimatloser Deutscher, die schließlich im Mittelpunkt der ostdeutschen Aufbaumühnungen standen, spielten eine nicht unwesentliche Rolle bei der Teilung Deutschlands. Die sozialistischen Rezepte zur Bewältigung von »Flucht und Vertreibung« trugen zur Teilung im Kalten Krieg bei und nicht umgekehrt.

Es wird oft übersehen, welch zentrale Rolle das Thema »Flucht und Vertreibung« für den Aufbau des Sozialismus in der SBZ/DDR gespielt hat. Die Bedeutung der Flüchtlinge für den Wiederaufbau nach dem Krieg zeigt sich in den erschreckenden Ausmaßen: Drei Millionen Umsiedler machten 24 Prozent der DDR-Bevölkerung aus.⁹⁷ Die Folgen der Vertreibungen stellten eines der größten Hindernisse für einen sinnvollen Wiederaufbau dar und ihre Bewältigung glich einer Herkulesaufgabe. Antworten auf die Frage, ob diese Anstrengungen erfolgreich oder ausreichend waren, oder ob das Regime das Integrationsproblem eher »beschönigt und durch Verleugnung« oder statistische Schönfärberei gelöst hat, würden den Rahmen dieses Artikels sprengen.⁹⁸ Entscheidend ist, dass die Vertriebenen aufgrund ihres enormen Anteils am Wiederaufbau einen entsprechenden Stellenwert in der Berichterstattung der ostdeutschen Medien erhielten. Die enormen Kosten mussten gerechtfertigt werden, und die »Neubürger« standen im Mittelpunkt des sozialistischen Wiederaufbaus und dienten als Vorbild.

Da die Vertriebenen so eng mit dem Ziel verbunden waren, auf den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland zu errichten, waren sie auch ein wichtiger Teil der Argumente für umfassende und dramatische Umbauten, die letztlich eine sozialistische Gesellschaft schaffen sollten. Die SED vertrat die Auffassung, dass nur der Sozialismus ein wirklich egalitäres Deutschland schaffen könne, das Wohlstand für alle und insbesondere den »Neubürgern« eine neue Heimat bieten würde. Maßnahmen wie die Agrarreformen waren nicht nur eine Hilfe für Millionen Obdachloser, sondern auch ein Hebel zur Schaffung des Sozialismus. Das Plädoyer für die Unterstützung der Vertriebenen und das Herausstellen ihrer erfolgreichen Integration nahm in den ostdeutschen Medien einen prominenten Platz ein, denn es ging um die Schaffung des »neuen Deutschland« selbst. Die Umsiedlerfrage war wie kaum eine andere mit dem Kampf um Legitimität verwoben und bot die Gelegenheit, die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem demokratischen System zu demonstrieren, in dem die Vertriebenen weiterhin darauf warteten, dass der Bundestag endlich ein Gesetz verabschiedete, das ihr Elend beendete.

97 Siehe Hans Neuhoﬀ: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, H. 2, Bonn 1977, S. 19; Schwartz: Vertriebene (Anm. 13), S. 54.

98 Siehe Ther: Expellee Policy in the Soviet-Occupied Zone and the GDR (Anm. 13). Klar ist, dass die Bemühungen des sozialistischen Deutschland, trotz der Mängel, einen Unterschied im Leben der Aussiedler machten. Anfangs waren ihre Aussichten viel besser als die ihrer Landsleute auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, wo die Integrationsmaßnahmen bis zur Verabschiedung des Lastenausgleichs von 1952 stagnierten.

Dieser Punkt führt zu einer letzten Schlussfolgerung. Die SED erkannte den propagandistischen Wert der Vertriebenen schneller als die westdeutschen Parteien und politisierte die Geschichte deshalb zu ihrem Vorteil, bevor sich in der BRD ein »selektives Erinnern« durchsetzte. »Flucht und Vertreibung« wurden aus diesem Grund keineswegs totgeschwiegen. Vielmehr war das Thema schon früh eine wichtige Waffe in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost- und Westdeutschland und bildete einen der ersten Abgrenzungspunkte zwischen den beiden Staaten. Statt »Flucht und Vertreibung« als »Tabu« zu betrachten, sollte man vielmehr darüber nachdenken, wie das Thema als Kontrastfigur zum ideologischen Rivalen instrumentalisiert wurde und als Argument für die moralische Überlegenheit des sozialistischen Deutschland fungierte. Die »Umsiedler« sind also nie verschwunden, sondern haben sich zu einem Streitobjekt an den ideologischen Fronten des Kalten Krieges entwickelt. Ob als Beispiele für die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus oder als Warnung vor der tödlichen Bedrohung durch den imperialistischen und faschistischen Klassenfeind – das Thema »Flucht und Vertreibung« blieb in den Anfängen des Kalten Krieges ein fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses in Ostdeutschland.

Dies führt zu dem abschließenden Gedanken, dass die Geschichtsschreibung die Bedeutung der Zwangsmigrationen in beiden deutschen Staaten oft übersieht. Die Aufnahme von Millionen von verzweiferten Flüchtlingen war die Grundlage für die Schaffung stabiler Nachkriegsstaaten. Es ist erstaunlich, wie flüchtig die Vertreibung in den großen Erzählungen über die Nachkriegszeit, insbesondere über die DDR, behandelt wird, und wie oft »Flucht und Vertreibung« nur als Randthema behandelt wird, statt als »Deutschlands Frage Nr. 1«, wie die westdeutsche Zeitung *Das Parlament* noch 1952 notierte.⁹⁹ Angesichts der enormen Energie und der beträchtlichen Ressourcen, die in die Bewältigung der Folgen der Vertreibung gesteckt wurden, und der Tatsache, dass die Zeitgenossen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs sie über viele Jahre hinweg als eine der drängendsten und zentralsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen betrachteten, ist eine Neubetrachtung notwendig. Sie ist sogar überfällig, denn die Zwangsmigrationen sind ein entscheidendes Kapitel zur Beantwortung der Frage, wie die Deutschen die massiven Belastungen von Krieg und Diktatur überwunden und neue Wege und Identitäten gefunden haben, die zu konkurrierenden politischen und gesellschaftlichen Systemen führten. Die Umsiedler und »Vertriebenen« sind nach wie vor ein bedeutender Faktor für die Entstehung, aber auch für die Teilung der beiden deutschen Staaten.

Aus dem Englischen übersetzt von Marcel Streng

99 »Deutschlands Frage Nr. 1«, *Das Parlament* vom 12. März 1952, S. 1.